

Änderungsantrag
(zu Drs. 17/6246 und 17/7153)

Fraktion der CDU

Hannover, den 31.01.2017

Kinderarmut strukturell entgegenwirken: Familienleistungen reformieren und Teilhabe sicherstellen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/6246

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration - Drs. 17/7153

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Entschließung

Kindern Chancen eröffnen durch eine vom Land Niedersachsen gestaltete Bildungs- und Sozialpolitik!

Der Landtag stellt fest:

Durch die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der CDU-geführten Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode wurde die Wirtschaft gestärkt und es wurden Arbeitsplätze geschaffen. Damit wurde das Risiko der Arbeitslosigkeit als größter Armutsfaktor verringert. Dies stärkte die Familien in Niedersachsen und damit auch die Kinder, denn die Eltern konnten dadurch ihre Kinder nicht nur materiell versorgen, sondern auch soziale Teilhabe organisieren. Soziale Teilhabe für ihre Kinder zu organisieren, liegt zwar in der alleinigen Verantwortung der Eltern. Da aber das Wohl der Kinder eng mit der finanziellen Situation der ganzen Familie verknüpft ist, muss die finanzielle Situation der ganzen Familie stabil bleiben.

Armut bei Kindern hat negative Auswirkungen auf alle Lebenslagen. Die Teilhabe der Kinder in festen Strukturen wie Vereinen, Organisationen usw. ist vor allem aus finanziellen Gründen klar unterschiedlich. Mädchen sind davon in allen Altersklassen stärker betroffen als Jungen. Zudem wird etwa nur die Hälfte der Kinder von den Eltern als gesund eingestuft.

Besonders häufig betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, Kinder aus kinderreichen Familien und Kinder von Menschen mit Migrationshintergrund.

Zur Bekämpfung von Kinderarmut müssen nachhaltige Strategien entwickelt werden, die an verschiedenen Ebenen ansetzen und über einen Mix aus sozialen Transfers und Investitionen in soziale und bildungspolitische Maßnahmen Teilhabe ermöglichen. Alleine nur die Aufstockung finanzieller Unterstützung für Familien ist zu kurz gedacht. Vielmehr müssen wir gerade im frühkindlichen Bereich noch mehr Bildungschancen eröffnen. Bildung ist einer der Schlüssel, der Ungerechtigkeiten wirksam beseitigen kann.

Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. Maßnahmen mit dem Ziel zu entwickeln, eine größere Beteiligung Minderjähriger in Vereinen und Kursen zu erreichen; entsprechende Konzepte sollten die Einbindung von Mädchen in die genannten Organisationen besonders berücksichtigen,
2. ein Präventionsprogramm zur besseren Gesundheitsvorsorge zu entwickeln,

3. ein Konzept für den Besuch von Kindertagesstätten zu entwickeln mit dem Ziel, dass Elternbeiträge entfallen, die Qualität der Betreuung verbessert und die Kommunen bei den Kosten für die Kinderbetreuung entlastet werden,
4. beginnend in den Kindertagesstätten in Kleingruppen Sprachkurse, die darauf ausgerichtet sind, Sprachbarrieren zu beseitigen, Respekt und Toleranz zu befördern und somit Integration zu erleichtern, weiter zu fördern bzw., wenn noch nicht vorhanden, anzubieten.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

1. mittelfristig die Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes in angemessenem Umfang erhöht werden; dabei ist zu berücksichtigen, dass die erforderlichen Mobilitätskosten angepasst und die Teilnehmerzahlen am Schulmittagessen deutlich erhöht werden,
2. die Beantragung der Bildungs- und Teilhabemittel weiter vereinfacht wird.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender